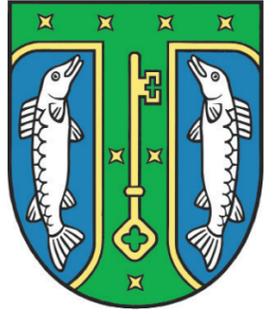


Wir wünschen Ihnen eine schöne Advents- und Winterzeit!

Spreekurier

Winter 2024



ZEITUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI TREPTOW - KÖPENICK



Foto: Finn Große

Nie ohne Dich.

Ana-Maria Trăsnea will für alle kämpfen, die keine Lobby haben

Von Ana-Maria Trăsnea
Bundestagskandidatin
für Treptow-Köpenick

Am 6. November erlebten die USA eine Zeitenwende, getragen von der Mehrheit der Bevölkerung durch ihr Votum in den Präsidentschaftswahlen. Einmal mehr gerät die Demokratie in der Welt damit in Bedrängnis.

Wir spüren das auch in unserem Land. Durch Verbote aber lässt sich nicht lösen, warum sich immer mehr Menschen gegen die demokratische Mitte entscheiden. Es ist nicht die Demokratie, die abgelehnt wird, sondern wie wir unsere Demokratie seit 1989 mit dem Versprechen „blühender Landschaften“ gelebt haben. Die wachsenden Ungleichheiten durch den Export des Raubtierkapitalismus haben eine Antwort erfahren: spätestens seit 2001 mit dem Angriff auf das World Trade Center ist sie gewaltsam, auch in Deutschland.

Die Finanzkrise und Krisen nachfolgender Jahre haben die Lage verschärft. Es hat einen bitteren Geschmack, aber sie ist wahr: Die unermessliche Gier vieler hatte für die, die Krisen verursachten, kaum Auswirkung. Stattdessen gab es Sozialismus für die Banken, während für die Bevölkerung zurückhaltend Hilfe ausgeschüttet wurde. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen. Der Bevölkerung zu sagen: „Wir schaffen das“ ohne klar zu benennen, was und wie wir genau schaffen sollen, hat der AfD zur Größe mitverholfen. Die Maßnahmen in den Corona-Jahren, die damit verbundenen Entwicklungen der digitalen Medien und der

Vormarsch der Big-Tech-Companies in unsere Privatsphäre lassen uns fragend zurück: Was hat das mit uns als Gesellschaft gemacht?

Die Wahlergebnisse 2024 waren somit keine Überraschung – und einzelne Lichtblicke sind kein Grund zum Jubeln. Wir haben die Signale verstanden. Nur bleibt die Frage, was tun wir nun? Trotz Grundgesetz und -rechte sowie Gewaltenteilung: so richtig mündig fühlen wir uns nicht mehr. Das Resultat: eine Ohnmacht der Einzelnen – auch in der Kommunikation der Parteien.

Wir erleben eine Art Erkrankung im Weltwirtschafts- und post-kolonialen Machtssystem. Komplexe Fragen nach positiven Einflussmöglichkeiten auf das unmittelbare Leben bleiben zu oft unbeantwortet. Stattdessen aus den populistischen und radikalen Lagern: einfache Parolen und hohle Versprechen gegen das System. Wo bleiben die glaubwürdigen demokratischen Ideen?

Wir entwickeln uns auf eine oligarchische Demokratie zu, während sich parallel die Nationalstaaten zu defizitären Betrieben entwickeln, in denen die Bevölkerung

„gemanagt“ wird. Gleichgültigkeit nimmt den Platz von ehrlichem Interesse an den Menschen ein. In dieses Vakuum treten Populismus und Radikale auf die Bühne. Viel Zeit bleibt uns nicht. Kann die Sozialdemokratie die grundlegenden Fragen direkt und ehrlich benennen und mit Leitlinien für eine Zukunft entwickeln? Ich glaube fest daran. Gleichwohl müssen wir uns bewusst sein: Ohne Vision und klaren Handlungsrahmen bleiben auch die demokratischen Stimmen nur Worthülsen.

Verantwortung und der gesellschaftliche Zusammenhalt lassen sich gerecht verankern und verteilen. Für das Miteinander. Und „Nie ohne Dich“. Beispiele: Eine Erbschaftssteuer, die Abschaffung von Steuertricks und eine an Arbeitslohn angepasste Kapitalsteuer schließen Haushaltslücken und sichern die nötigen Investitionen in allen Lebensbereichen. Die Zeitenwende muss als Gelegenheit für alle genutzt werden. Das hätte mehr Wirkung als die Centzählerei durch Kürzungen von Sozialleistungen, freiwilligen Leistungen in den Kommunen, Abschiebung oder Abschottung von zukünftigen

Fachkräften. Wir suchen nach Lösungen dort, wo die Lobbykraft am geringsten ist, statt nach dem Safe zu greifen.

Als Bundestagskandidatin sage ich Ihnen zu, im Deutschen Bundestag stets für diejenigen zu kämpfen, die ohne Lobby sind. Niemals dürfen innere, äußere und soziale Sicherheit gegeneinander ausgespielt werden. Es sind über Jahrzehnte nicht genügend Investitionen zur richtigen Zeit gemacht worden und so wurde der Wohlstand in unserem Land gefährdet. Wir brauchen einen starken Staat, der Familien entlastet. Wir brauchen Investitionen, damit der Alltag für alle Menschen wieder gut funktioniert: die maroden Brücken und Schienen müssen modernisiert werden, der Mensch muss im Gesundheitswesen Priorität vor dem Profit haben, bezahlbares Wohnen darf nicht zu einer raren Ware verkommen, sondern es muss als Grundrecht garantiert werden, wir brauchen die grüne Transformation in der Industrie und wir brauchen bundesweite flächendeckende Tarifbindung für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir müssen Bürokratie verschlanken und flächendeckende digitale Dienstleistungen in den Ämtern zur Wirklichkeit werden lassen. Wir brauchen einen zukunftsfähigen Katastrophenschutz und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Für all das möchte ich mit Ihnen und für Sie kämpfen. Haben wir den Mut, vernünftige Lösungen auf die Zukunftsfragen unserer Zeit zu finden. Wagen wir es, der leisen Stimme zu folgen und der Macht von Zusammenhalt Raum zu geben - Für eine Zukunft #NieohneDich.



Foto: Beate Laudzin

Neuwahlen 2025: Eine Richtungs- entscheidung für Deutschland



Foto: SPD Treptow-Köpenick

Am 23. Februar 2025 wird ein neuer Bundestag gewählt. Selten war eine Wahl bedeutender. Nach dem Bruch der Koalition aus SPD, Grünen und FDP steht das Land vor entscheidenden Weichenstellungen. Wie sichern wir sozialen Zusammenhalt in Krisenzeiten? Wie gestalten wir eine nachhaltige Zukunft? Und wie verteidigen wir demokratische Werte in einer Zeit zunehmender Polarisierung?

Gerade jetzt brauchen wir Entschlossenheit und einen klaren Kompass. Der gesellschaftliche Zusammenhalt muss aktiv verteidigt werden. Wir stehen vor großen Herausforderungen: von der sozialen Absicherung in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheiten über die Bewältigung globaler Krisen bis hin zur Schaffung einer nachhaltigen und gerechten Zukunft für kommende Generationen. Als SPD Treptow-Köpenick nehmen wir diese Herausforderung an. Wir setzen auf Dialog, auf den Austausch von Ideen und auf Lösungen, die wirklich etwas verändern. Wir laden Sie ein, mit uns ins Gespräch zu kommen und gemeinsam für ein starkes, gerechtes und zukunftsfähiges Deutschland zu kämpfen. Diese Wahl ist eine Richtungsentscheidung – lassen Sie uns diese mutig treffen! Was denken Sie? Welche Themen bewegen Sie? Kommen wir ins Gespräch – für Treptow-Köpenick und für Deutschland.

Ihre SPD Treptow-Köpenick
**Ellen Haußdörfer &
Christopher Jäschke**
Kreisvorsitzende



Im Netz:

www.spd-treptow-koepenick.de

Per E-Mail:

kreis.treptow-koepenick@spd.de

Vor Ort:

SPD Treptow Köpenick
Bürgerbüro · Grünaer Str. 14
12557 Berlin

Ersatzbrücke für Altglienicke

Bald 30 Jahre nach Schließung der Altglienicker Brücke, die zwischen Altglienicke und Adlershof über den Teltowkanal führt, gibt es nun einen aktualisierten Zeitplan für den Ersatzneubau. Die zwischen 1906 erbaute Brücke, welche im Zweiten Weltkrieg zerstört und 1950 wiedereröffnet wurde, dient seit der Stilllegung 1995 nur noch als Leitungsträger. Die damals errichtete Behelfsbrücke übernimmt seither die Verkehrslenkung für die baufällige Brücke, über die immerhin die Altglienicker Straßenbahn fuhr, wie man an den bis heute liegenden Gleisstücken erkennt. Und 30 Jahre sind auch für ein Provisorium deutlich zu lang. Die Zuständigkeit für diese Brücke liegt bei der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Vor 10 Jahren sah der Plan der Bundesbehörde einen Ersatzneubau in 2025 vor – nach vielen Verschiebungen auf Seiten des Bundes sind nun die planerischen Leistungen für die Altglienicker Brücke derzeit ausgeschrieben. Diese sind die Grundlage für die konkreten Planungen. Dieser Ersatzneubau wird dringlicher, da die umgebenden Brücken und Straßenverbindungen aufzeigen, dass bei Sanierungs- oder Bauarbeiten der Verkehr nach und nach aus Altglienicke staut und Umfahrungen nicht möglich sind. Wir setzen uns für eine zügige und transparente Planung der Baumaßnahme ein, die allen Verkehrsteilnehmenden gerecht wird und die Erreichbarkeit Altglienickes sichert. EH

IMPRESSUM

Spreekurier

Zeitung der Sozialdemokratischen Partei
in Treptow-Köpenick

SPD Treptow-Köpenick
Kreisvorsitzende Ellen Haußdorfer
und Christopher Jäschke (V.i.S.d.P.)
Grünauer Str. 14, 12557 Berlin

kreis.treptow-koepenick@spd.de
www.spd-treptow-koepenick.de

SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick
Fraktionsvorsitzende
Irina Vogt & Paul Bahlmann (V.i.S.d.P.)
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Redaktion: Dr. Ursula Walker

Beiträge von: Paul Bahlmann (PB), Ana-Maria Trásnea (AMT), Oliver Igel, Lars Düsterhöft, Ellen Haußdorfer (EH), Rainer Hölmer, Dunja Wolff, Manuel Tyx, Alexander Freier-Winterwerb, Irina Vogt, Christopher Jäschke

Grafik: SPD Treptow-Köpenick / Laura Lecher
Druck: MegaDruck.de Produktions- und Vertriebs-GmbH

Treptow-Köpenick bleibt stark: Ein Erfolg für Berlin

Haushaltssanierung ohne Kürzungen in den Bezirken

Von Alexander Freier-Winterwerb
Mitglied des Abgeordnetenhauses
für den Wahlkreis 1
von Treptow-Köpenick

Berlin steht vor großen Herausforderungen. Rund drei Milliarden Euro sind einzusparen. Das ist eine enorme Summe. Gerade für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das eine riesige Herausforderung. Insbesondere bei den sozialen Trägern, die jeden Tag zum sozialen Frieden unserer Stadt beitragen, wollen wir nicht sparen. Deswegen habe auch ich mich dafür stark gemacht, dass die Tarifvorsorge für freie Träger wieder im Haushalt berücksichtigt wird. Etwa 48 Millionen Euro werden wieder in den Haushalt eingestellt. Das sind gute Nachrichten auch für die Bezirke, wo die Angebote der sozialen Träger erbracht werden. Und das sind gute Nachrichten für die Beschäftigten, die unsere Stadt jeden Tag mit ihrem herausragenden Engagement beschenken.

Nichtsdestotrotz macht die finanzielle Lage Berlins Einsparungen unausweichlich. Es ist aber beruhigend, dass diese nicht zu Lasten der Bezirke ausgetragen werden. Als Abgeordneter schaue ich dabei insbesondere auf den Bezirk, in dem ich zuhause bin – nach Treptow-Köpenick. Es tut gut, zu sagen, dass unser Bezirk von den Kürzungen der Haushaltskonsolidierung 2024/2025 vollständig verschont bleibt. Während auf Landesebene eine Riesensparsumme erbracht werden muss, bleiben die Strukturen und Angebote im Be-



Quelle: Willfried Wende from Pixabay

zirk stabil. Diese Entscheidung ist ein starkes Bekenntnis zur Bedeutung der Bezirke und ihrer Funktion als Fundament des Berliner Alltagslebens.

„Die Bezirke sind das Rückgrat unserer Stadt,“ erklärt Alexander Freier-Winterwerb, Sprecher für Kinder, Jugend und Familie der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und Mitglied im Hauptausschuss. „Gerade in Treptow-Köpenick, einem der am stärksten wachsenden Bezirke, war es entscheidend, die Breite der sozialen Angebote und die finanzielle Sicherheit der Einrichtungen zu gewährleisten. Hier werden die

Grundlagen geschaffen, die das Leben der Menschen direkt betreffen.“

Ob es um Jugendfreizeiteinrichtungen, Beratungsstellen, Pflege von Grünflächen oder den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur geht – Treptow-Köpenick bleibt auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig. Diese Stabilität ermöglicht es, weiterhin auf die individuellen Bedürfnisse des Bezirks einzugehen, ohne Qualität und Reichweite der Angebote zu gefährden. Besonders in einem Bezirk, der durch starke Zuzüge geprägt ist, war es wichtig, den sozialen Zusammenhalt zu sichern.

Damit diese Stabilität erreicht werden konnte, mussten Einsparungen auf Landesebene konzentriert werden. Dadurch bleibt Treptow-Köpenick nicht nur finanziell unangetastet, sondern kann auch langfristig in die Weiterentwicklung seiner Angebote investieren.

„Dieser Haushalt zeigt, dass verantwortungsvolle Politik auch in herausfordernden Zeiten möglich ist,“ so Freier-Winterwerb weiter. „Für die Menschen in Treptow-Köpenick bedeutet das, dass sie sich weiterhin auf eine verlässliche und handlungsfähige Verwaltung sowie ein starkes Angebot vor Ort verlassen können.“

Zwischen „unersetzlich“ und „verdrängt“ – unsere Clubs

Seit wenigen Monaten ist es ganz offiziell: Die Berliner Techno-Kultur ist ein immaterielles nationales Kulturerbe der UNESCO. Das ist großartig und zeigt die Bedeutung von Techno. Denn die elektronische Clubkultur hat sich ganz maßgeblich hier in Berlin entwickelt. Sie ist ein wesentlicher Baustein, warum unsere Stadt einzigartig in der Welt ist. Techno ist Aushängeschild und ein Magnet. Clubs wurden bereits als Kulturinstitute anerkannt und damit diese Form der Kultur anerkannt. Damit werden gelebte Vielfalt, Weltoffenheit, Safe Spaces (geschützte Orte

für Minderheiten) und vieles mehr besonders gewürdigt.

Das Problem: Aus vielfältigen Gründen erleben wir ein Clubsterben. Zwei Drittel der von der Clubcommission befragten Clubs blicken bis Ende des kommenden Jahres in eine eher schlechte oder sehr schlechte wirtschaftliche Zukunft. Zwar haben sich die Gewohnheiten zum Feiern, insbesondere nach Corona und durch neue technische Möglichkeiten, verändert. Hauptgrund dafür scheinen u.a. gestiegenen Gewerbemieten zu sein, aber auch, dass Räume immer öfter Spekulationen ausgesetzt

sind oder durch andere Projekte verdrängt werden. Es existiert in Innenstadtlage kaum noch unsanierter Leerstand, der Clubtauglich wäre. Clubs rechnen sich einfach so nicht mehr.

Und das ist eine sehr herausfordernde Lage. Auf landeseigenen Flächen können wir Verdrängungsschutz leichter umsetzen. Eine Option für Standorte wäre es, Gewerbemieten zu steuern. Aber da bremsen viele Kräfte rechts von der Mitte. Die SPD hatte diesbezüglich eine Bundesratsinitiative gestartet und versucht, beim Baugesetzbuch eine Überarbeitung

anzuregen. Beides ist aber leider Bundesangelegenheit. 46 Clubs wurden in den letzten Monaten mit Lärmschutzmaßnahmen ausgestattet. Unsere Wirtschaftssektorin Franziska Giffey und ihre Verwaltung veranstalten mit der Clubcommission nun regelmäßig einen runden Tisch – dies ist ein dauerhafter Anlaufpunkt. Kleine Schritte – hoffentlich wird das Bewusstsein für unsere Clublandschaft gestärkt!

Dunja Wolff

Mitglied im Abgeordnetenhaus

Die Pflegereform der SPD – Stabile Finanzierung und Entlastung für Familien

In den letzten Monaten wurde einerseits über die leere Kasse der Pflegeversicherung berichtet und andererseits auf die unerträglich hohen Zuzahlungen für die Pflegebedürftigen und deren Angehörigen hingewiesen. Grundlegende Reformen sind nötig, waren in der Ampel-Regierung mit der FDP aber unverhandelbar.

Angesichts der Herausforderungen in diesem Bereich setzt die SPD derzeit in einem ersten Schritt auf die finanzielle Stabilisierung der Pflegeversicherung, welche pflegende Angehörige entlastet und Familien mit Kindern unterstützt. Damit wird ein zentrales Ziel verfolgt: Das Fundament der Pflegeversicherung zu stabilisieren.

Deshalb steigt der Beitragssatz zum 1. Januar 2025 um 0,2 Prozent.

Doch eine tiefgreifende Reform ist nötig! Über Jahre wurde zurecht über die niedrigen Löhne in der Pflege geklagt. Dieser physisch und psychisch sehr anstrengende Beruf war viel zu lange viel zu schlecht bezahlt. Dies hat sich – Dank der SPD – geändert. Heute gibt es für die stationäre, die teilstationäre und ambulante Pflege eine Tarifpflicht. Zuzahlungen der Pflegebedürftigen für die Löhne des Pflegepersonals sind deutlich stark gestiegen. Hinzu kam die Inflation bei der Verpflegung und das Pflegematerial. Die Mehrkosten werden aufgrund der fehlenden Reform nur in einem geringen Umfang von der Pflegeversicherung getragen.



Quelle: Adobe Stock

Das belastet viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen erheblich.

Durch die Erhöhung des Pflegebeitrags wird nun zusätzlich weiteres Geld bereitgestellt, um die stei-

genden Kosten aufzufangen. Durch eine Erhöhung des Pflegegeldes und der ambulanten Sachleistungen werden pflegende Angehörige gezielt entlastet. Familien mit

mehreren Kindern profitieren von gestaffelten Beiträgen.

Doch diese Beitragserhöhung kann nur ein erster Schritt sein, der durch eine umfassendere strukturelle Anpassung ergänzt werden muss. Egal wie die Bundestagswahlen ausgehen, die neue Bundesregierung muss die Frage beantworten, welchen Stellenwert die Pflege unserer Großeltern und Eltern haben soll und wie wir diese Aufgabe langfristig solidarisch finanzieren. Deshalb tritt die SPD für einen deutlichen Ausbau der Pflegeversicherung ein.

Lars Düsterhöft

Mitglied im Abgeordnetenhaus

Reformen im Gesundheitssystem für bessere Versorgung

Von Ellen Haußdörfer
Kreisvorsitzende
der SPD Treptow-Köpenick

Am 22. November 2024 hat die Krankenhausreform (KHVVG) den Bundesrat passiert und kann – trotz der vorgezogenen Neuwahlen – nun umgesetzt werden. Die Reform ist dringend notwendig, um die angespannte wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser zu beenden, unsere Kliniken zukunftssicher aufzustellen und die Gesundheitsversorgung weiterhin auf hohem qualitativem Niveau sicherzustellen. Nach jahrelangem Ringen beendet die Krankenhausreform den langen Stillstand im Krankenhausbereich. Diese Reform ist im Interesse der Patientinnen und Patienten.

Durch die Umstellung auf Leistungsgruppen erfolgt eine Schwerpunktlegung auf ein qualitativ gutes stationäres Versorgungsangebot. Durch die Finanzierung von Vorhaltepauschalen können auch kleinere Kliniken die medizinische Versorgung gewährleisten. So bestimmt Qualität und nicht mehr Quantität die Versorgung. Patientinnen und Patienten können sich darauf verlassen, dass ihre Behandlung wirklich nötig ist und gut gemacht wird.

Berlin wird in Anpassung an aktuelle Entwicklungen eine Weiterentwicklung des Landeskrankenhauses in 2026 vorlegen – die Auswirkungen des Bundesgesetzes des SPD-Gesundheitsministers Prof. Dr. Karl Lauterbach werden genau bewertet und Gespräche mit den Berliner Krankenhäusern zur konkreten Ausgestaltung ge-



Die Krankenhausreform ist auch für Treptow-Köpenick eine Verbesserung in der Gesundheitsversorgung

Quelle: SPD Treptow-Köpenick

führt. Mit Blick auf die gemeinsame Krankenhausplanung mit Brandenburg wird Berlin zeitnah auf die künftige Landesregierung Brandenburg zugehen, um auch hier weiterhin gemeinsame Wege

zu finden. Mit Beschluss der Krankenhausreform werden wir mit der Krankenhausplanung nun alle weiteren notwendigen Schritte gehen, um Planungssicherheit herzustellen.

Reform der Notfallversorgung

Die Notfallversorgungsstrukturen in Berlin sind sowohl in den Bereichen des Notfallrettungsdienstes als auch in den Zentralen Notaufnahmen und Krankenhäusern überlastet. Zentraler Ansatzpunkt ist, dass nicht die Patientinnen und Patienten selbst, sondern das Hilfeleistungssystem der Notfallversorgung Antworten auf Hilfesuchende finden und geben muss. Eine Kostenbeteiligung für Patientinnen und Patienten bei vermeidlicher Fehlnutzung lehnen wir ab. Berlin ist – insbesondere durch die digitale Vernetzung der telefonischen Hilfesysteme 112 und 116117 – hierbei bereits deutlich weiter als andere Bundesländer. Die Transformation der Leitstellen von 112 und 116117 zu einer vernetzten Gesundheitsleitstelle, welche im jeweiligen Zuständigkeitsbereich auf die unterschiedlichsten Hilfersuchen Patientinnen und Patienten reagieren und auf alle notfallmedizinischen Ressourcen zugreifen kann, ist jedoch bei weitem noch nicht abgeschlossen. Berlin hat sich für eine weitreichende und tiefgreifende Reform der Notfallversorgung beim Bund und mit allen Akteuren eingesetzt. Wichtige Aspekte sind eine Konkretisierung des Sicherstellungsauftrages der Kassenärztlichen Vereinigung zur Akutversorgung, die Etablierung der Integrierten Notfallzentren sowie Vorgaben für Akutleitstellen im Sinne von Gesundheitsleitstellen. Auch für die zwingend notwendige Reform des Rettungsdienstes setzt sich Berlin ebenso ein wie für eine gezielte, frühzeitige, bedarfsgerechte und

möglichst verbindliche Patientensteuerung in die geeignete Versorgungsebene und geeignete Versorgungsdringlichkeit.

Bessere Strukturen in der ambulanten Versorgung

Fachkräftemangel, wirtschaftliche Selbstständigkeit und damit verbundene Herausforderungen, Rentenbeginn, fehlende Nachfolge sowie individuelle Entscheidungen sind Gründe, warum niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Haus- wie Fachärzte ihre Praxis im Kiez, wie zuletzt in Grünau oder Friedrichshagen, schließen. Seit dem 1. Oktober 2024 gibt es auch eine KV-Praxis am Standort DRK-Klinikum Köpenick in der Salvador-Allende-Straße 2, 12559 Berlin-Köpenick. Zur Erweiterung des Versorgungsangebotes am Wochenende und in Randzeiten unterhält die KV an neun Standorten, davon an sechs Standorten für Erwachsene und an fünf Standorten für Kinder und Jugendliche, KV-Notdienstpraxen. Die Einrichtung einer KV-Notdienstpraxis stärkt bereits jetzt den Krankenhausstandort, und ist wichtig für die Versorgung der Bevölkerung, da im ambulanten Bereich viele Hausarzt- und Facharztsitze nicht nachbesetzt werden können. Weitere Anreize zur Neu- und Nachbesetzung von Arztsitzen sind eine Niederlassungsprämie, Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten sowie Maßnahmen der Entbürokratisierung und Ausbau telemedizinischer Verfahren – in Treptow-Köpenick wird dies besonders unterstützt.

„Alt wie ein Baum...“

Von Dunja Wolff
Mitglied des Abgeordnetenhauses
für den Wahlkreis 6
in Treptow-Köpenick

Berlin ist eine der grünen Millionenstädte der Welt. Das ist historisch gewachsen und heutzutage ein echter Faktor, an dem Lebenswert gemessen wird.

Im Rahmen der Herbstpflanzungen wurde auch bei uns in Treptow-Köpenick nachgesetzt, darunter fast 80 Bäume in Rahnsdorf. Damit wird zu einem Teil der bis-

herige Verlust von Stadtgrün ausgeglichen.

An einzelnen Standorten war es zu Fragen rund um das Vorhaben gekommen. Die Anwohnenden konnten mit einer Veranstaltung zu Stadtbäumen aufgeklärt werden. Das Ergebnis: Rahnsdorf bekommt Stadtbäume, manche Standorte wurden aber noch einmal geändert.

Ein Stadtbaum ist kein Waldbaum. Sie übernehmen für unser Leben in der Stadt wichtige Aufgaben. Sie filtern die Luft und erzeugen Sauerstoff, schützen vor Lärm



Quelle: Dunja Wolff

und regulieren Temperaturen – gerade in immer heißeren Sommern kühlen sie. Natürlich bieten sie Lebensraum für viele weitere Arten und sind auch optisch eine Augenweide. Im Grünen lebt es sich schöner!

Deshalb ist es so wichtig, dass in unserem Kiez neue Bäume wachsen dürfen! Sie sind ein Baustein für eine lebenswerte Zukunft und dienen dem Gemeinwohl!

Stadtbäume müssen zugleich mehr wegstecken als ihre Artgenossen im Wald: Weniger Platz und mehr Schädigungsquellen.

Verzichten dürfen wir nicht auf sie. Auch als Bürgerin und Bürger können alle einen Beitrag leisten: Durch einen Schluck Wasser, wenn es länger nicht geregnet hat (es gibt sogar eine App für Gieß-Engagierte: Gieß den Kiez) oder durch ein Engagement in der Stadtbaumkampagne!

So gelingt, dass jeder Stadtb Baum „der alle Jahre so weit, weit, weit, weit kühlenden Schatten bringt“.

SICHERHEIT AUF DEM WASSER

Wo bleibt die CDU?!

Berlin hat ein Wassertourismuskonzept. Es hilft uns in Berlin durch den darauf aufbauenden, detaillierten Umsetzungsprozess dabei die verschiedenen Nutzungen mit Natur- und Umgebungsschutz zu vereinbaren. Ob Wassersport oder Erholung – Berliner Gewässer sind eine zugkräftige Attraktion. Das neue Konzept stärkt diesen Trend, sichert die verschiedenen Interessen, schärft das jeweilige Bewusstsein, schafft zugleich eine Datengrundlage, um die Entwicklungen zu lenken, und beinhaltet unter anderem eine Elektromobilitätsstrategie. Damit ist es ein guter Leitfaden für komfortable Nutzbarkeit und geeignete Infrastrukturen. Das Konzept aus der SPD-geführten Senatsverwaltung für Wirtschaft löst

aber nicht die Frage vieler Bürgerinnen und Bürger, Wassersportlerinnen und -sportler oder Gewerbetreibenden nach einer angepassten Geschwindigkeit und Rücksicht auf dem Wasser. Die SPD hat hier eine Initiative vorgelegt, die eine sachgerechte Anpassung der Führerscheinpflicht vorsieht. Man darf gespannt sein, was die CDU dazu auf ihrem 2. Sportpolitischen Frühstück am 16. November zum Wassersport in Treptow-Köpenick berichtet hat. Bislang blockiert sie jedenfalls diese Bemühungen ohne Gegenvorschlag.

Dunja Wolff
Mitglied im Abgeordnetenhaus



Quelle: SPD Treptow-Köpenick

KÖPENICK IM STAU

Was ist denn hier los?

Seit bestimmt zehn Jahren ist das Baustellenmanagement und die Koordination von Neubau- und Ertüchtigungsmaßnahmen Thema Berliner Politik aller Ebenen. Und immer wird Besserung versprochen. Trauriger Höhepunkt dessen ist jetzt in unserem Treptow-Köpenick zu sehen. Am Bahnhof, in der Altstadt und an weiteren Orten wird gebaut. Alles für sich genommen sehr wichtige Vorhaben, die unseren Bezirk fit für die Zukunft machen! Leider summieren sich jedoch die Auswirkungen der Baustellen auf: Der ÖPNV fährt unregelmäßig, die Autofahrenden stehen mehr im Stau und die Anwohnenden sind frustriert. Das Ergebnis: Missstimmung.

Wie sieht eine Lösung aus? Die angelaufenen Projekte können nicht gestoppt werden. Das wäre auch nicht in unserem Sinne: Wenn schon, dann wenigstens ein absehbares Ende statt ewiger Baustellen. Konkret kann aber vieles seitens der Senatsverwaltung für Mobilität verbessert werden: Wie Kommunikation und Koordination. Auch für die Zukunft. Ein Fragenkatalog zur derzeitigen und künftigen Lage wurde gestellt.

Dunja Wolff
Mitglied im Abgeordnetenhaus



Ana-Maria Trăsnea ist unsere Kandidatin für den Deutschen Bundestag



Ana-Maria Trăsnea ist die neue Vorsitzende der THW Landesvereinigung Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt

Ein Gespräch über Zivilschutz in Deutschland

Redaktion: Erst einmal herzliche Gratulation zur Wahl! Wie krisenfest ist unser Land? Was tut man im Falle einer Katastrophe?

Trăsnea: Vielen Dank! Ich freue mich sehr über die neue Aufgabe! Nun zu Ihrer Frage: Deutschland hat natürlich stabile Strukturen, Bedrohungen und Angriffe – seien sie analog, digital, hybrid und aus dem Weltall – abzublocken. Die Zeitenwende hat jedoch nicht nur die militärische Verteidigungsfähigkeit Deutschlands in den Fokus gerückt, sondern auch die zivile Verteidigung. Als Zivilschutzbehörde des Bundes steht dafür das Technische Hilfswerk. Die blauen Riesen sind vielfach im Einsatz, sichern die kritische Infrastruktur mit und sie retten Leben. Gleichzeitig müssen wir bei Aufklärung in der Bevölkerung noch viel tun oder haben Sie schon mal mit ihren Nachbarinnen und Nachbarn einen Zehn-Tage-Notfallplan geübt?



Sebastian Gold (links), Landesbeauftragter des THW für Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, und Ana-Maria Trăsnea (rechts), Vorstandsvorsitzende der THW-Landesvereinigung

Quelle: Ana-Maria Trăsnea

Redaktion: In der Tat sind solche Übungen kaum bekannt. Wie ist das THW organisiert?

Trăsnea: Organisatorisch gehört das THW zum Geschäftsbereich des Bundesministerium des Innern und für Heimat. Es sind nur zwei Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hauptberuflich für das THW tätig. Der Hauptteil engagiert sich ehrenamtlich in den bundesweit 668 Ortsverbänden.

Insgesamt engagieren sich fast 90.000 Menschen. Der Katastro-

phenschutz als eine zentrale Säule unserer Gesellschaft wird also maßgeblich von dem außerordentlichen freiwilligen Engagement Tausender getragen. Ob sie es tun, weil sie sich für Technologie begeistern, aus Liebe zu Deutschland, aus Verantwortungsgefühl oder aus allen drei Motiven zusammen – jene Freiwilligen im Blaulichtsektor geben Deutschland ein solidarisches Gesicht.

Redaktion: Wie würden Sie das THW beschreiben?

Trăsnea: Das THW ist für so viele von uns ein echter Fels in der Brandung. Das war er für uns in Treprow-Köpenick als für ein ganzes Wohngebiet der Strom ausfiel. Das THW ist für die Menschen in Not da: wenn einem der Boden unter den Füßen gerissen wird, wenn akute Lebensgefahr für Mensch und Tier besteht, wenn Wohngebiete durchflutet werden und das Leid unendlich groß ist. Das THW hilft nicht nur vor Ort in Deutschland, sondern auch international: zum Beispiel bei der Sicherung von Kulturgütern in Kriegsgebieten wie zuletzt in der Ukraine oder bei Hochwasser in Rumänien. Die THW-Familie ist groß und sie kann jede Menge leisten. Dafür braucht sie aber eine bedarfsgerechte Finanzierung und eine starke Lobby für einen zukunftsfähigen Katastrophenschutz. Dafür möchte ich mich einsetzen.

Redaktion: Was ist der Sinn einer Ländervereinigung, wenn es sich doch um eine Bundesanstalt handelt?

Trăsnea: Wir sind über die Fördervereine auf allen Ebenen für die Helferinnen und Helfer da – vor Ort, schnell, verbindlich. Die Ausstattung des THW wird vom Bund beschafft, bereitgestellt und zusammen mit den Ortsverbänden unterhalten. Dies erfolgt nach einer festgelegten Stärke- und Ausstattungsnachweisung, um indi-

viduelle Bedürfnisse wie zum Beispiel die örtliche Gefahrenabwehr in den Ortsverbänden dennoch zu berücksichtigen, wurden auf Ortsebene bundesweit Fördervereine gegründet. Die Landesvereinigungen kümmern sich zum einen um die Förderung des Zivil- und Katastrophenschutzes und der Jugendarbeit, zum anderen sorgen sie für den gesellschaftlichen Zuspruch und die notwendige Bekanntheit des THW und des THW-Gedankens in der Bevölkerung.

Redaktion: Wie sieht die Arbeit konkret aus?

Trăsnea: Die THW Landesvereinigung BEBST engagiert sich im politischen Raum, um das THW noch mehr zu stärken. Wir treiben Spenden ein und gewinnen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner aus Wirtschaft und Stadtgesellschaft. Wir bieten Ehrenamtlichen Fortbildungsveranstaltungen an, bezuschussen das Jugendlager oder ermöglichen den Erwerb bestimmter Ausstattung. Strategisch setzen wir uns für Investitionen in die Modernisierung der Liegenschaften und Ausstattung insgesamt ein, damit die Bevölkerung auch in Zukunft auf uns zählen kann.

Redaktion: Da haben Sie einiges vor sich. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg dabei!

Trăsnea: Vielen Dank!

Werden Sie Wahlhelfer:in - Demokratie braucht Sie!

Bundestagswahl 2025 am 23. Februar – Helfende gesucht!

Der Bundestag wird voraussichtlich am 23. Februar 2025 neu gewählt. Millionen Deutsche sind aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Damit dieses Fest der Demokratie reibungslos ablaufen kann, werden Wahlhelferinnen und Wahlhelfer benötigt – Menschen, die einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie leisten möchten. Die Stadt Berlin sucht engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich an diesem besonderen Tag für das Gemeinwohl einsetzen.

Als Wahlhelfer:in sorgen Sie unter anderem für den geordneten Ablauf im Wahllokal, prüfen Wahlberechtigungen und stellen die Stimmabgabe sicher. Soweit zur Arbeit selbst. Das Spannende ist jedoch: Sie sind am Puls des Geschehens und damit mittendrin im Demokratiegeschehen. Nutzen Sie die Chance!

Dahin zu kommen ist recht einfach: Es sind keine besonderen Vorkenntnisse nötig; jede und jeder ab 18 Jahren, der in Deutschland wahlberechtigt ist, kann sich

bewerben. Für Ihren Einsatz gibt es eine Aufwandsentschädigung und die Gewissheit, zur Demokratie beizutragen. Informationen und Anmeldemöglichkeiten finden Sie unter www.berlin.de

Machen Sie mit und sorgen Sie dafür, dass jede Stimme zählt!

Ana-Maria Trăsnea
Bundestagskandidatin



Quelle: SPD Treprow-Köpenick

DAS STAATSZIEL MUSS UMGESETZT WERDEN. Demokratiefördergesetz, wo bist du?

Die größte Bedrohung unserer Demokratie kommt von rechts. In Treprow-Köpenick gibt es viele engagierte Menschen, Vereine und Verbände, die sich gegen rechts stellen und für unsere Demokratie eintreten. Für die Gemeinschaft. Für ein gutes Miteinander.

Mit Hilfe des Demokratiefördergesetzes sollte die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden, dass der Bund eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention ergreifen kann und Projekte längerfristig finanzieren darf. Bereits im März 2023 wurde das Demokratiefördergesetz im Kabinett verabschiedet. Doch wo ist es?

Über Monate hinweg wurde über den Gesetzestext im Parlament und Bundesfamilienministerium verhandelt. Ein Ergebnis gibt es nicht. Das hat große Auswirkungen auch auf uns in Treprow-Köpenick. Bisher wurden über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ drei Partnerschaften für Demokratie gefördert. Nun sind es nur noch zwei. Warum? Weil es keine gesetzliche Grundlage gibt. Wir brauchen das Demokratiefördergesetz – dringender denn je. Und nicht nur das – es muss ein Staatsziel sein. Der Staat muss sich selbst verpflichten, sich für die Demokratieförderung einzusetzen.

Dafür stehe ich und werde ich mich weiterhin einsetzen. Gemeinsam können wir Berge versetzen. AMT

GEWALT AN FRAUEN UND MÄDCHEN – EIN GROSSES THEMA IN DEUTSCHLAND! Wir müssen die Ketten der Gewalt durchbrechen

Der November enthüllte den Horror, der sich in den Wohnzimmern sowie auf den Straßen in Deutschland abspielt. Verprügelt, vergewaltigt, ermordet – in allen gesellschaftlichen Schichten, in allen Altersgruppen. 2023 gab es fast jeden Tag einen Femizid. 52.330 Mädchen und Frauen wurden 2023 Opfer von Sexualstraftaten, über die Hälfte waren minderjährig. Die Täter? In etwa 80 % der Fälle Jungen und Männer. Was tun wir dagegen?

Es gibt Initiativen wie One Billion Rising und Mahnwachen, rote Bänke und Beratungsstellen, Frauenhäuser und Gewaltschutzambulanz. Diese Arbeit ist wichtig, um die Ketten des Schweigens und der Gewalt zu brechen.



Die „Rote Bank“ als Zeichen gegen Gewalt gegen Frauen im Luisenpark

Quelle: Ana-Maria Trăsnea

Doch es braucht so viel mehr: Wir müssen Täter hart bestrafen. Im Strafrecht haben wir klargestellt, dass geschlechtsspezifische Tatmotive zu höheren Strafen führen. Wird eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist, muss dies als Femizid anerkannt und regelmäßig als Mord aus niedri-

gen Beweggründen bestraft werden.

Wir brauchen verlässlichen Schutz – das geht mit einem Gewalthilfeschutzgesetz. Es braucht Frauenhausplätze, die bedarfsgerecht zur Verfügung stehen und verlässlich sowie bundeseinheitlich finanziert sind. Der Bund muss sich an der Regelfinanzierung beteiligen.

Wir müssen den Betroffenen glauben. Betroffenenräte schaffen Sichtbarkeit und können zudem Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen effizienter machen, um zukünftige Opfer zu vermeiden.

Wir müssen Betroffenen beistehen. Das Hilfeteléfono Gewalt gegen Frauen gibt es unter 116 016.

AMT

Ostdeutsche müssen selbstbewusster auftreten

Erinnerung an die
Gründung der
Sozialdemokratie
in der DDR

Von Oliver Igel
Bezirksbürgermeister
von Trepow-Köpenick

Die friedliche Revolution in der DDR ist jetzt 35 Jahre her. Zu der Revolution gehörte die Gründung von neuen Parteien jenseits der DDR-Blockparteien. Eine dieser Neugründungen war die Sozialdemokratische Partei in der DDR, die am 7. Oktober 1989 als SDP gegründet wurde. Dem folgten in den Wochen darauf Gründungen überall im Land, so auch im damaligen Trepow und Köpenick. An die Gründung und die Gründungsmitglieder erinnerte die SPD Trepow-Köpenick mit einer eigenen Veranstaltung an einem der damaligen Gründungsorte im Bezirk – der Christuskirche in Oberschöneweide.

Warum ist diese Erinnerungskultur uns so wichtig? Es waren damals Frauen und Männer in der DDR, die den Mut hatten, eine Gesellschaft zu verändern und den Aufbruch in eine Demokratie zu wagen. Sie haben einen Geist belebt, um ein neues Leben zu beginnen. Es ging darum, sich freizumachen, von einer Diktatur und friedlich eine Revolution zu beginnen. Ohne diese wahrhaftige Opposition und die damalige Bürgerrechtsbewegung und die Gründung von neuen Parteien, wäre die erste und letzte freie Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990



Der Aufbruchgeist von 1989 und 1990 zeigt: Menschen können Politik und Gesellschaft zum Positiven verändern
v.l.n.r.: Dr. Dieter Schmitz (Bezirksstadtrat a.D.) und Monika Höppner (Bezirksbürgermeisterin a.D.)

Quelle: SPD Trepow-Köpenick

nicht möglich gewesen. Ohne diesen öffentlichen Druck der Straße, wäre eine spätere deutsche Einheit kaum möglich gewesen.

Aber es ging nicht allein um eine Änderung der Staatsform – politische Ziele, die das Alltagsleben der Menschen positiv beeinflussen, wurden von Anfang an diskutiert. In dem Gründungsdokument, das im Pfarrhaus in Schwante unterschrieben wurde, ist der Grundsatz festgeschrieben, „auf eine ökologisch orientierte soziale Demokratie hinzuwirken“. Die Unterzeichner wollten sich für eine „konsequente Demokratisierung von Staat und Gesellschaft“ einsetzen. Dieser klar programmatische Auftrag konnte zum Teil bereits in wenigen Monaten erfüllt werden, jedenfalls was den Weg zur

deutschen Einheit betrifft. Andere Themen wie stärker ökologische Ansätze zu wählen und die Demokratie fest in der Gesellschaft zu verankern, sind und bleiben dauerhafte Aufgaben, die von der Sozialdemokratie immer weiterentwickelt werden müssen.

In der aktuellen Debatte über die Bedeutung des ostdeutschen Freiheitskampfes und die Rolle Ostdeutschlands heute, sollte Dankbarkeit dafür ausgedrückt werden, dass damals diese Schritte gegangen wurden. Einer der Redner bei der Erinnerungsveranstaltung war ein SDP-Mitgründer – der spätere Außenminister Markus Meckel. Er sagte: „Die Ostdeutschen waren nicht nur Teil der friedlichen Revolution, sondern sie haben diese mitgestaltet und die deutsche

Einheit ermöglicht. Die DDR ist nicht untergegangen, sondern die Diktatur in der DDR. Die Selbstdemokratisierung bis hin zu erster und letzter freier Wahl in der DDR waren erfolgreich. Diese Selbstbestimmung von damals dürfen wir heute nicht vergessen. Die Ostdeutschen müssen viel selbstbewusster auch im 35. Jahr des Mauerfalls auftreten.“ Der Aufbruchgeist von 1989 und 1990 zeigt, dass Menschen Politik und Gesellschaft zum Positiven verändern können und eine gute Grundlage für die nächsten Generationen legen können. Ohne das Engagement der Parteien wäre diese Entwicklung nicht möglich gewesen – und auch die mahnenden Stimmen vor zu schnellen Entscheidungen haben dazu

beigetragen, dass etwas verändert werden konnte.

Auch nach 35 Jahren sind noch viele Mitglieder der ersten Stunde in der SPD aktiv, aber noch mehr sind neu hinzugekommen. „Für uns nach 1989 geborene Menschen ist es wichtig, dass der Aufbruchgeist der Zeit weiter lebendig bleibt und uns bewusst wird, dass Demokratie zwar ein Geschenk ist, aber uns nicht geschenkt wird. Demokratie musste und muss erstritten und erkämpft werden“, sagte die Trepow-Köpenicker Bundestagskandidatin Ana-Maria Träsnea. „Ohne den Mut vieler Demokratinnen und Demokraten hätte in den Jahren nach 1989 unser Bezirk nicht komplett umgebaut werden können und hätte bis heute nicht diesen Aufschwung erlebt. Es waren entscheidende Monate für die kommenden Jahre und Jahrzehnte, die Trepow-Köpenick bis heute prägen. Deshalb dankt auch der Bezirk Trepow-Köpenick allen, die damals am Aufbau des demokratischen Gemeinwesens beteiligt waren“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Schon bald nach den Parteigründungen waren Mitglieder an Runden Tischen, den Vorbereitungen der freien Wahlen und der Aufarbeitung der Folgen des Staatssicherheitsapparates beteiligt. „Wir sollten auch den kommenden Generationen die Geschichte und Geschichten der demokratischen Parteigründungen 1989 weitergeben“, sagte der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende von Trepow-Köpenick, Tom Schreiber.

„Wir schaffen das!“

Warum diese Worte für uns heute anders klingen



Sara Rüdiger, Vorsitzende der Jusos Trepow-Köpenick auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin

Quelle: SPD Trepow-Köpenick

1996 geboren, bin ich in einer Welt groß geworden, die politisch vor allem von einer Idee geprägt war: Mutti regelt das. Dieses Bild einer stabilen, verlässlichen Führung – ruhig, bedacht, irgendwo zwischen Krisenmanagement und Aussitzen – war für viele von uns die Normalität. Aber was passiert, wenn das nicht mehr reicht? Was, wenn es keine übergeordnete Instanz gibt, die die Probleme für uns löst?

Für uns, die nachfolgenden Generationen, ist „Wir schaffen das“ keine bloße Zusicherung mehr, sondern ein Appell. Es sagt: Ihr müsst Verantwortung übernehmen. Ihr müsst anpacken, was andere liegen lassen. Ihr müsst gestalten. Die Herausforderungen sind riesig: globale Krisen, soziale Ungerechtigkeiten, ökologische Kippunkte. Aber genau deshalb sind wir gefragt.

„Diese jungen Leute“ nennt man uns manchmal. Vielleicht trifft das sogar zu – nicht weil wir losgelöst oder naiv sind, sondern weil wir uns weigern, zu akzeptieren, dass Dinge „halt so sind“. Begriffe wie „Berge versetzen“ oder „gläserne Decken durchbrechen“ sind nicht nur Phrasen, sondern das, was möglich wird, wenn Menschen sich zusammenschließen, ihre Energie bündeln und ihre Stimme erheben.

Politik ist für uns nicht nur das, was in Bundestag oder Kanzleramt passiert. Sie fängt direkt hier an, vor unserer Haustür. Politik ist, dem Regierenden Bürgermeister klarzumachen, dass das Semesterticket gerechter werden muss. Politik ist, dem Bezirksbürgermeister gegenüberzusetzen und sich für mehr Freiräume für junge Menschen einzusetzen. Politik ist, mit klarer Haltung gegen Nazis

und Rechtsextreme auf die Straße zu gehen oder unsere eigene Partei umzukrempeln. Politik ist, sich in das Jugendparlament, die Bezirksverordnetenversammlungen, das Abgeordnetenhaus oder sogar in den Bundestag zu bringen – und dabei zu wissen, dass jede Veränderung hier in Trepow-Köpenick beginnt.

Es ist nicht immer leicht, Politik zu machen. Es ist laut, unbequem, manchmal nervenaufreibend – und genau deshalb brauchen wir Menschen, die den Mut haben, sich einzubringen. Jede Stimme zählt. Jede Idee hat die Chance, groß zu werden. Und das Beste daran? Du bist nicht allein.

Bei den Jusos Trepow-Köpenick findest du ein Team, das genauso denkt wie du: jung, entschlossen und bereit, Dinge anzupacken. Es ist nicht immer einfach, aber genau das macht es aus. Wir gestalten Politik für dich – und mit dir.

Also, worauf wartest du? Lass uns gemeinsam die Welt ein bisschen besser machen. Komm vorbei und informiere dich:



Sara Rüdiger
Vorsitzende der Jusos
Trepow-Köpenick

Baustellenkrämpfe lösen!

Eine Vielzahl gleichzeitiger Sanierungen blockiert Straßen

Bahnhofstraße, Hämmerlingstraße, Müggelheimer Straße – Straßennamen, die derzeit keine Freude bereiten. Am Anfang des Jahres war überhaupt nicht absehbar, dass zu der Baustelle für die Errichtung des neuen Regionalbahnhofs Köpenick noch weitere hinzukommen. Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) haben erst im Herbst bekanntgegeben, dass sie die Gleisanlagen der Straßenbahn in der Altstadt grundlegend zu erneuern müssen und wollen. Sie haben für diese Arbeiten eine Abstimmung mit den Berliner Wasserbetrieben gesucht. Die erklärten, dass sie die Gelegenheit nutzen werden, um Arbeiten an Wasser- und Abwasserleitungen auszuführen. Perspektivisch wäre dies ohnehin notwendig geworden. Das bedeutet jedoch, dass für eine mehrjährige Bauzeit durch die BVG ein komplexes Verkehrskonzept ausgearbeitet werden musste, das eine Umleitung des Bus- und Straßenbahnverkehrs vorsieht. Dazu gehört ein neues, provisorisches Gleis in der Müggelheimer Straße. Dass diese Arbeiten im Herbst begannen, hat das Bezirksamt stark kritisiert. „Der Beginn der Bauarbeiten in der Müggelheimer Straße kam zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt. Als Bezirksamt wollten wir eine Verschiebung. Leider sind unsere Bedenken nicht berücksichtigt worden“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Viele Menschen sind davon sehr stark betroffen, die auch zurecht die Mehrfachbaustellen in Köpenick kritisieren. Das Berliner Verkehrsmanagement ist bei der

Senatsverkehrsverwaltung zentralisiert, die in dem Fall nicht eingegriffen hat. „Mehrfachbaustellen in einem bestimmten Umfeld sollten vermieden oder mit einem guten Verkehrskonzept versehen werden. Es kann immer noch kurzfristig zu Havarien kommen, wodurch aus Mehrfachbaustellen dann ein absoluter Stillstand drohen kann“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel. Künftig sollten viel früher und mit technischer Unterstützung Auswirkungen von planbaren und geplanten Baustellen simuliert werden und daraus Schlüsse gezogen werden: Verschiebungen oder funktionsfähige Umleitungskonzepte.

„Baustellen dürfen aber nicht herrenlose Leerstellen sein. Viele sind davon genervt, dass Absperungen und Umleitungen bei Baustellen gesehen werden, bei denen kaum jemand arbeitet. So entstehen unnötig lange Bauzeiten. Es muss strengere Vorgaben geben, wann Bauten zeitlich abgeschlossen sind“, fordert Igel. Es müssen nach Auffassung des Bezirksbürgermeisters auch bessere Anreize für eine schnelle Abwicklung von Baustellen geschaffen werden, beispielsweise durch die Erhöhung von Gebühren für Baufirmen, die Straßen, Geh- und Radwege für die Baustelle und deren Einrichtung nutzen. „Die Gebühren für entzogene Wege durch Baustellen wurden seit fast zwei Jahrzehnten nicht mehr erhöht und sind einfach zu billig. Auch das muss ein Anreiz sein, schnell fertig zu werden.“

Oliver Igel

Dialog auf Augenhöhe für Treptow-Köpenick

Viel wird über „Zusammenhalt“ gesprochen. Aber was heißt das? Für uns als Fraktion: Sich in die Augen schauen und im Dialog bleiben.

Von Paul Bahlmann und Irina Vogt
Fraktionsvorsitzende
in der Bezirksverordneten-
versammlung Treptow-Köpenick

Am 18.10.2024 veranstaltete die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick das erste „Dialog Café“ mit über 40 Gästen.

Die aktuellen Zeiten sind bewegt. Sie bringen Ungewissheit mit sich. Viele Menschen sind unsicher. In diesen Zeiten wollten wir als SPD-Fraktion nicht zum nächsten klassischen Polit-Empfang einladen: „Politiker erklären die Welt, Gäste hören zu, am Ende Schnitten“.

Unsere Gäste waren und sind Engagierte mit Herzblut, aktiv in Gewerkschaften, Seniorenvertretung, Vereinen, Initiativen und Stiftungen. Sie arbeiten jeden Tag für Menschen im Bezirk. Dialog Café heißt: Zuhören, Fragen stellen – ernsthaft ins Gespräch kommen. Wir wollten erfahren: Welche Sorgen treiben sie um? Was hat sich in den letzten Jahren verändert? Welche Probleme werden übersehen? Was braucht es jetzt?

Ein gutes Leben in Treptow-Köpenick

Die Frage im Mittelpunkt des Abends war: Was braucht es für ein



Fraktionsvorsitzender Paul Bahlmann eröffnet das Dialog-Café der SPD-Fraktion im Restaurant „Krokodil“

Quelle: SPD Treptow-Köpenick

gutes Leben in Treptow-Köpenick? Dafür konnten die Teilnehmenden an fünf Tischen mit SPD-Bezirksverordneten, Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, einer Staatssekretärin sowie Bezirksbürgermeister Oliver Igel in den Dialog treten.

Jeder Tisch hat sich eine Teilfrage gestellt:

- Was braucht es, um gute Eltern zu

sein, in Treptow-Köpenick?

- Wie kann man sicher und gesund bis ins hohe Alter im Bezirk leben?

- Was brauchen Kinder und Jugendliche, um gut aufzuwachsen, in unserem Bezirk?

- Was brauchen wir für eine lebendige Zivilgesellschaft und eine starke Demokratie im Bezirk?

Ein echter Dialog

Durch die unterschiedlichen beruflichen und Engagement-Hintergründe der Teilnehmenden konnte ein breites Spektrum an Interessen im Bezirk abgedeckt und Problemlagen aufgezeigt werden.

Der Abend des „Dialog Café“ führte nicht nur zu einem regen Austausch über den Arbeitsalltag im Bezirk, sondern auch zu Vorschlägen, Ideen und Handlungsempfehlungen seitens der Teilnehmenden. Diesen wird die SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick direkt nachkommen.

Erste Ergebnisse

Das Wichtigste am Dialog ist zunächst der Dialog selbst. Sich ins Gesicht schauen und in der Wirklichkeit (im „Real Life“) miteinander sprechen. Eine Fähigkeit, die uns als Gesellschaft in den letzten Jahren zunehmend verloren gegangen scheint. Die Debatten sind hart und unerbittlich geworden. Dabei vereint uns – und gerade diejenigen, die sich vor Ort engagieren – mehr, als uns trennt.

Von Kindern und Jugendlichen über Eltern und insbesondere den Alleinerziehenden bis zu Senioren: Die Krisen der letzten Jahre haben Spuren hinterlassen. Einsamkeit – eine Teufelsspirale: Der Druck von außen wächst, die Menschen ziehen sich zurück ins Private, in der Einsamkeit sind die Krisen aber nicht weg, die Nachrichtenlage wird nicht besser. Man ist auf sich allein gestellt. Der Druck steigt.

Daraus müssen wir ausbrechen. Es braucht mehr Raum für Gemeinsames. Begegnungsorte und

Anlaufstellen. Menschen, die andere zusammenbringen und daran arbeiten, dass sie zusammenhalten.

Daher war auch der Ruf nach mehr Vernetzung im Alltag laut und deutlich zu hören. Aber auch mehr Mitspracherecht bei lokalen Beteiligungsformaten wurde sich gewünscht. Es will (mit-)gestaltet werden – im Dialog.

Der Erfolg der Veranstaltung misst sich auch am positiven Feedback der Teilnehmenden: „Es ist nach meinem Empfinden extrem wichtig, so einen gemeinsamen Austausch immer wieder zu tun, um Gerechtigkeit und gesetzliche Veränderungen tatsächlich auf den Weg zu bringen.“

Langfristig zusammenarbeiten

Aber eine Veranstaltung allein macht keine politische Veränderung. Dieses Format ist der Auftakt. Wir nehmen beständig Verantwortung für unseren Bezirk wahr. Wir wollen den Teilnehmenden die Türen zu unserer Fraktion öffnen. Gemeinsame Initiativen und Projekte erarbeiten. Denn Beständigkeit ist wertvoller als alles andere.

Ganz unabhängig von der SPD-Fraktion wurden langfristig Kontakte, auch unter den Teilnehmenden selbst, geknüpft. Bestehende Verbindungen im Bezirk vertieft und vor allem eine dauerhafte Möglichkeit für einen Dialog mit Akteuren geschaffen. Das war uns wichtig. Wir wollten nicht die exklusive Anlaufstelle sein, sondern Menschen zusammenbringen.

Sonniges im Kosmosviertel

Familientreffpunkt bereichert Altglienicke

Seit Juni 2024 steht den Bewohnerinnen und Bewohnern des Altglienicker Kosmosviertels ein neuer Ort der Begegnung zur Verfügung: das SonnenAtrium.

In Kooperation mit der Kita Sonnenschein und dem Quartiersmanagement ermöglicht der erfahrene Träger der Jugendhilfe Träger FiPP e.V. den Familien der Kita und den Anwohnenden barrierefreie Bewegungs-, Bildungs-, Kultur- und gesundheitsfördernde Nut-

zungsmöglichkeiten. Die bereits vorhandenen Angebote aus der Kita Sonnenschein wie der Kneipp- und Sauna-Bereich und die Familienküche werden im SonnenAtrium weitergeführt und erweitert. Beim Familiensamstag kann man sich im Begegnungszentrum austauschen, den Barfußpfad oder den Raum für neue Ideen nutzen. Projekte aus dem Kosmosviertel wie „Starke Mädchen“, starke Frauen“, welches im SonnenAtrium eine neue Wirkungsstätte erhält und die Projektvorstellung im Viertel seitens des Quartiersmanagements



Das SonnenAtrium wurde am 06. Juni 2024 eröffnet

Quelle: SPD Treptow-Köpenick

sind hier zu besuchen. Der Neubau wurde durch das Programm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen sowie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Bauen und Wohnen gefördert. Gerade die Förderprogramme der Sozialen Stadt konnten viel in Altglienicke bewegen; deshalb setzen wir uns für die Weiterführung des Programms auf Bundes- und Landesebene ein.

Leistung muss sich lohnen – auch für Frauen

Sieben Oscars gewann Oppenheimer 2024. Ein grandioser Film. Über Geschmack lässt sich streiten. Über Tatsachen nicht. Und Tatsache ist: Lise Meitner wird im Film nicht erwähnt. Obwohl sie als „Mutter der Atombombe“ gilt. Einen Nobelpreis hat sie für ihre Arbeit ebenfalls nie erhalten. Der ging an Otto Hahn. Bis heute eine umstrittene Entscheidung. Wir sehen: Selbst in der ach-so-rationalen Wissenschaft und selbst im Jahr 2024 werden Frauen trotz herausragender Leistungen übergangen. Das ist altbacken und antiquiert – und auch ein bisschen peinlich.

Eine der höchsten kommunalpolitischen Ehren ist die Benennung einer Straße. Wer fünf Jahre tot ist, dem oder der kann diese Ehre zu Teil werden. Sie wird in der Regel



In Niederschöneweide wurde am 18. April 2024 eine neue Straße nach der berühmten Künstlerin Helga Hahnemann benannt.

Quelle: Oliver Igel

nur an Menschen mit besonderem Ortsbezug und besonderer Lebensleistung vergeben. Wer sich in der Stadt umschaut, merkt schnell: Frauennamen sind auch hier deutlich seltener. Das hat natürlich historische Gründe. Historisch waren es Männer, die das öffentliche Leben dominiert haben. Es waren Männer, die über die Leistung anderer entschieden, aber nicht selten über die von Frauen hinwegsehen.

Wir als SPD-Fraktion wollen die Geschichtsarbeit im und für den Bezirk stärken und Leistungsträgerinnen aus Wissenschaft, Politik, Kultur und Wirtschaft ehren. Wir wollen gemeinsam mit einer Berliner Hochschule ein Lehrforschungsprojekt starten. Es sollen Frauen identifiziert werden, die

trotz ihres Wirkens bei dieser Ehrung bisher übergangen wurden.

Es ist leider nicht so, wie man es von einer ordentlichen deutschen Verwaltung erwarten würde: In einer Schublade liegt eine lange Liste von Namen und wenn eine Straßen- oder Platzbenennung ansteht, wird abgehakt. Im Gegenteil. In der Vergangenheit wurden Ideen und Vorschläge für neue Straßennamen häufig sehr, sehr kurzfristig eingebracht. Das gilt für Männer-, wie für Frauennamen. Wir wollen diese kleine, symbolische, aber für uns als Kommunalpolitiker wichtige Aufgabe endlich geordnet angehen.

Mit unserem Vorschlag, der sich künftig beliebig erweitern ließe, hätten die Gremien der Bezirksverordnetenversammlung nicht

nur mehr Zeit, sondern auch mehr Wissen über den Lebensweg einer Person. Die Bewertung einer Lebensleistung könnte fundiert, in aller Ruhe und mit Sorgfalt erfolgen. Die historische Arbeit für den Bezirk als Ganzes wäre gestärkt.

In der Vergangenheit hat das bezirkliche Kulturamt (unter CDU-Führung) bereits ein ähnliches Lehrforschungsprojekt durchgeführt – zum 100-jährigen Bestehen der Siedlung am Elsengrund. Trotzdem lehnte die CDU-, AfD-Fraktion und FDP den Antrag ab. Dabei fordern diese Parteien immer laut „Leistung müsse sich wieder mehr lohnen.“ Aber das gilt scheinbar nicht für Frauen. Schade. Beschlossen wurde der Antrag trotzdem. Zum Glück.

Paul Bahlmann

CDU - verantwortungslos für Berlin!?

Schulplatzversorgung in Treptow-Köpenick gefährdet.

Von Rainer Hölmer
Bezirksverordneter
in der Bezirksverordneten-
versammlung Treptow-Köpenick

Drei Milliarden Euro fehlen laut Finanzsenator Stefan Evers (CDU) 2025 im Berliner Landeshaushalt – diese Lücke zu schließen ist ganz sicher eine ernsthafte Herausforderung und ohne Kürzungen nicht zu meistern. Umso wichtiger ist es daher, mit großer Verantwortung zu schauen, wo diese Einsparungen erfolgen können. Und gleichzeitig ohne Scheuklappen zu prüfen, inwieweit Einnahmen erhöht oder neu generiert werden können.

Nun hat die Senatsverwaltung für Finanzen dem Bezirksamt Treptow-Köpenick mitgeteilt, dass bis 2033 insgesamt 100 Millionen Euro aus der Investitionsplanung gekürzt werden sollen.

Das Heikle: Die Gelder waren hauptsächlich für Schulneubauten oder -sanierungen in unserem Bezirk vorgesehen. Wichtige Baumaßnahmen werden jetzt auf Jahre zurückgestellt. Darunter sind Schulerweiterungsbauten, die geplant wurden, um dem wachsenden Bezirk gerecht zu werden.

Dabei dient die Investitionsplanung, deren jetzige Periode eigentlich noch bis 2027 läuft und im Anschluss vom Senat neu für fünf Jahre beschlossen werden muss, den Bezirken eigentlich zur



Rainer Hölmer ist schulpolitischer Sprecher der SPD in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick.

langfristigen Absicherung und Planung. Sie läuft unabhängig von den jeweiligen Doppelhaushalten des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlung. In Treptow-Köpenick sind in der Investitionsplanung u. a. Schulbauten und Sporthallen eingeplant. Von den Kürzungen sind insgesamt 14 Baumaßnahmen betroffen; diese werden nun verschoben und sind für die Jahre nach 2027 ohne gesicherte Finanzierung.

Zum Beispiel plante das Bezirksamt, 2025 mit den weiterführenden Planungen zur Gesamtanierung und dem Erweiterungsbau

der Edison-Schule sowie dem Erweiterungs- und Neubau der Wildbienen-Grundschule mit der dazugehörigen Sporthalle zu beginnen. Ein Jahr darauf sollte der Ausbau und die Erweiterung der Anna-Seghers-Schule sowie der Schulerweiterungsbau und eine neue Sporthalle für die Isaac Newton Schule in Angriff genommen werden.

Mit der Schulbauoffensive hat das Land Berlin ein Versprechen abgegeben. Ausreichend Schulräume, gute Lernbedingungen, keine kaputten Schulklös mehr. Mit seinen Kürzungen im Schulbereich

bricht Finanzsenator Evers dieses Versprechen. Stattdessen spart er zu Lasten von Schülerinnen und Schülern, die bereits durch die Corona-Pandemie überproportional belastet waren. Damit einher geht die katastrophale Botschaft: Die Lernbedingungen von Schülerinnen und Schülern sind dem CDU-geführten Berliner Senat nicht so wichtig!

Gleichzeitig lehnt es die CDU ab, die Gebühr für die Anwohnerparkausweise in sogenannten Parkraumbewirtschaftungszonen zu erhöhen. Diese belaufen sich auf 20,40 Euro für einen Zeitraum von 2 Jahren und sind nicht einmal ansatzweise kostendeckend. Zum Vergleich: In den meisten deutschen Großstädten sind Gebühren zwischen 120 und 200 Euro pro Jahr üblich, in Bonn sind es sogar 360 Euro.

Nicht so in Berlin: das Parken ihrer Autos am Straßenrand soll für Anwohnerinnen und Anwohner nahezu kostenfrei bleiben, gleichzeitig aber fehlen die finanziellen Mittel für die dringende Sanierung, die Erweiterung und den Neubau von Schulen.

Sieht so Ihre Verantwortung für unsere Stadt aus, Herr Regierender Bürgermeister Wegner, Herr Finanzsenator Evers, Frau Schulsenatorin Günther-Wunsch?

Wir werden uns damit nicht abfinden und in den nächsten Wochen unser Möglichstes dafür tun, die benötigten schulischen Investitionsmittel für unseren Bezirk und damit für unsere Schülerinnen und Schüler zu sichern!

Ein Kinder- und Jugendparlament für Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick könnte bald wieder ein Kinder- und Jugendparlament erhalten. Ende 2024 hat sich dazu eine Initiativgruppe von Jugendlichen gegründet. Als SPD-Fraktion in der Treptow-Köpenick begrüßen wir das ausdrücklich. Es braucht (wieder) ein Forum, in dem sich junge Menschen demokratisch engagieren. Dabei sollten wir als Vertreter:innen von Parteien und Fraktionen in der BVV uns schön zurückhalten: Welche Struktur sich die Kinder- und Jugendlichen geben, wie sie sich organisieren, ja sogar der Name des Gremiums: Das sollen und müssen sie selbst entscheiden. Ich bin sehr gespannt, auf welche Ideen sie kommen. Ich hoffe auf innovative Ideen. Vielleicht auch Dinge, die uns zum Nachdenken bringen über die Strukturen, wie sie jetzt sind, aber vielleicht nicht sein sollten.

Unsere Aufgabe ist es, die Initiative bei ihrem demokratischen Engagement zu unterstützen. Nicht nur die Fenster, sondern auch die Türen der Rathäuser zu öffnen. Im ersten Schritt haben wir gemeinsam mit anderen Fraktionen einen Unterstützung-Beschluss gefasst. Wir starten einen umfangreichen Prüfauftrag, ob und wie die Wünsche der Jugendlichen nach Mitspracherecht in der BVV umgesetzt werden können. Dabei wissen wir schon jetzt, dass einzelne Punkte schwer mit dem Bezirksverwaltungsgesetz vereinbar sind. Aber wir wollen keine Probleme benennen, sondern Lösungen präsentieren.

Der Antrag wurde am 14.11. mit 41 Ja- und 7 Nein-Stimmen beschlossen. Nur Die AfD-Fraktion hat geschlossen dagegen gestimmt. Es zeigt sich wieder, die die immer am lautesten nach Bürgerbeteiligung ruft, lehnt diese ab, wenn sie konkret wird.

Die Initiativgruppe sucht noch Unterstützung. Kinder und Jugendliche, die sich engagieren wollen, können direkt via Instagram (@KIJUPA.TK) Kontakt aufnehmen. Dort hat die Initiativgruppe bereits eine Seite und freut sich über den Support. Aber auch eine Weiterempfehlung an Freunde, Bekannte oder Schüler:innen hilft.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendparlament und wünschen gutes Gelingen. PB

BVV-FRAKTION

Politik heißt für uns vor allem zuhören! Als SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung ist es uns wichtig, dass wir in einem ständigen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk sind.

Um dies zu erreichen, sind unsere Verordneten täglich im Bezirk unterwegs, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Aber auch unser Fraktionsbüro ist die gesamte Woche über telefonisch, per E-Mail oder über das Kontaktformular auf unserer Website zu erreichen.

Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-15 Uhr
Tel.: 030/902974446

E-Mail: buero@spd-fraktion-th.de
<https://spd-fraktion-treptowkoepenick.de/kontakt>

Paul Bahlmann
Bezirksverordneter

„Alles außer Müller-Erben“ - 2. Runder Tisch in Johannisthal

Bereits am 20. März 2024 fand die erste Sitzung des Runden Tisches „Müller-Erben“ statt. Das Gebiet des ehemaligen „VEB Kühlautomat“ wird bald bebaut: Hier sollen bis zum Jahr 2031 ca. 1800 Wohnungen entstehen. Die Bürgerbeteiligung des Senats fiel jedoch in die Corona-Zeit: Also haben sich SPD-Fraktion Treptow-Köpenick, SPD Johannisthal und Lars Düsterhöft zusammengeschlossen und den Runden Tisch ins Leben gerufen.

Dieser kam am 7. November zum zweiten Mal zusammen. Beim ersten Termin fragten viele, wie der Kiez in Johannisthal auf die „Ankunft“ des neuen Stadtquartiers vorbereitet wird. Welche Angebote geschaffen werden, damit die Bestandsbewohner:innen vom Neubau profitieren.

Kurze Antwort: Einiges. Es gibt abgeschlossenen Sanierungen von Spielplätzen (im Stadtpark Johannisthal und an der Königsheide), weitere KiTas sind in Planung, der Zugang zum S-Bhf Johannisthal ist geöffnet, der Bus umgeleitet. Auf dem neuen Gelände entsteht Raum für Einzelhandel und ein Ärztehaus. Die Schule am Eisenhüttenweg soll nächstes Jahr an den Start gehen und Platz für über 1000 Schüler:innen bieten.

Trotzdem: Der Runde Tisch geht weiter. Am 19. Februar 2025 wollen wir das Thema: Verkehr betrachten. Stadträtin Dr. Claudia Leistner hat bereits zugesagt. Wir werden auch die Senatsverwaltung für Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, die BVG und S-Bahn einladen. Auch Sie sind herzlich eingeladen. PB

Eine schwarz-gelbe Finanzpolitik gefährdet Treptow-Köpenick.



Paul Bahlmann ist Vorsitzender der SPD-Fraktion und Mitglied im Haushaltsausschuss in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick

Quelle: SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Seit 8 Jahren bin ich Haushaltspolitiker in Treptow-Köpenick. Aus dieser Perspektive sage ich: Der Rausschmiss der FDP aus der Bundesregierung war richtig. Sie wurde der veränderten Realität in Krisenzeiten nicht gerecht. Das war verantwortungslos. Die Finanzpolitik der FDP, die auch CDU/CSU und AfD vertreten, schadet. Ja, auch unserem Bezirk.

Sie spielt Gruppen gegeneinander aus und baut Gegensätze auf, die keine sind: Ukraine-Hilfe oder stabile Rente, starke Tariflöhne oder Investitionen, höherer Mindestlohn oder gerechte Steuern. Nur wer die Schuldenbremse nicht hinterfragt – will diese Widersprüche aufbauen.

OECD und IWF, keine linksgrünen Vorfeldorganisationen, und renommierte Wissenschaftler/in-

nen kritisieren die Schuldenbremse seit Jahren. Sie mahnen höhere Investitionen in Deutschland an. Die Zukunft liegt in Glasfaser, auf der Schiene und in klimaneutraler Energie und Wirtschaft. Anderen Wirtschaftsnationen investieren. Auch durch Schulden. Sie beschleunigen. Wir bremsen unseren wirtschaftlichen Erfolg.

Die Zukunftsbremse wirkt: Im Oktober 2024 wurden Treptow-Köpenick sagenhafte 100 Millionen Euro für Schulbau- und Sanierungsmaßnahmen gestrichen. Die Zahl der Kinder im Bezirk steigt und alle Erstsemester-Wirtschaftsstudis wissen: Investitionen in Bildung zahlen sich immer aus.

Finden Sie funktionierende Schulklös und moderne Schulen; ein öffentliches Kulturangebot und die Förderung der Demokratiever-

beit optional? Ich nicht. Es sind die Grundlagen unserer Gesellschaft. Aber genau hier wird gespart werden.

Austeritätspolitik ist wie eine dieser toxischen Magersucht-Gruppen im Internet: Egal, wie die Lage ist, die Lösung ist immer: Verzicht. Immer sparen. Das wird erst die Infrastruktur von Treptow-Köpenick ausdünnen und dann unserer Gesellschaft aushungern. Ein Blick in den Rust Belt der USA oder die ehemaligen Industrie-Städte des Vereinigten Königreichs reicht aus: Die Wahlergebnisse dort sollten uns eine Warnung sein.

Wer die Schuldenbremse nicht grundsätzlich reformieren will, hat einen andere Option:

Steuergerechtigkeit. Höhere Beiträge für sehr hohe Einkommen (+2% oberhalb von 16.000 Euro(!) Monatseinkommen(!) und Vermögen (1% über 100 Millionen Euro) und eine gerechte Erbschaftsteuer. CDU, FDP und AfD – die die Schuldenbremse wie einen Fetisch verteidigen – lehnen das ab. Das ist absurd. Sparen ohne Ziel und ohne Plan.

Als Kommunalpolitiker in Treptow-Köpenick: Ich bitte Sie, wählen Sie zur Bundestagswahl keine Partei, die an Sparpolitik festhält, die Gruppen gegeneinander ausspielt und Steuergerechtigkeit ablehnt. Bitte wählen Sie eine Partei, die uns als Bezirk finanziellen Spielraum verschafft. Wählen Sie die SPD.

Aus dem Kitaleben - ein Praktikumsbericht

Bezirksbürgermeister Oliver Igel schlüpfte in die Arbeit von Erziehern

Von Oliver Igel
Bezirksbürgermeister
von Treptow-Köpenick

Bereits zum zweiten Mal habe ich als Bezirksbürgermeister ein Tagespraktikum in einer Kita gemacht – nicht nur für Fotos, sondern mit einem ganzen Tag Arbeit und natürlich vielen Gesprächen. Und das Handy blieb den ganzen Tag verschlossen in der Tasche.

Dieses Mal war ich „Haus der kleinen Strolche“ in der Kaulsdorfer Straße. Dort bin ich großartig aufgenommen worden. Der Kita-Eigenbetrieb Südost hat mich mit einer Eigenbetriebs-Jacke ausgestattet, aber ich wäre wohl auch ohne als Erwachsener erkennbar gewesen. Die Jacke jedenfalls war am Ende des Tages voller Buddelkastensand. In der Gruppe, in der ich eingesetzt war, waren drei- bis sechsjährige Kinder. Ich habe bemerkt, wie wichtig es sowohl für die Kleineren als auch für die Größeren ist, dass sie unterschiedlichen Alters sind, weil sie Verantwortung übernehmen und sich auch etwas anschauen. Sie sitzen nebeneinander, basteln und bauen zusammen, sie hören beim Vorlesen zu, sie räumen gemeinsam auf. Faszinierend war wieder, wie die Kinder in der Kita Regeln beherrschen und ihnen folgen. Man merkt da wieder: es ist eine andere Welt: Da wird aufge-



Eine der größten Freuden am Erzieher-Beruf ist es, die Entwicklungserfolge der Kinder zu sehen

räumt, der Tisch gedeckt und abgewischt. Wenn das doch so zu Hause und überhaupt im weiteren Leben klappen würde! Ja, überhaupt die Vorschülerinnen und Vorschüler: es war eine Freude, ihnen zuzusehen und mit ihnen zu sprechen. Wenn man bedenkt, wie viel Zeit noch bis zum Schuljahresbeginn im kommenden September ist: die Jungs und Mädchen könnten auch morgen schon in die Schule und werden bis dahin trotzdem noch einen ordentlichen Sprung in der Entwicklung machen. An ihnen sind sicherlich auch für die Erzieherinnen und Erzieher die Erfolgserlebnisse der Entwicklung in der Kita festzumachen – und das ist ja im Kern auch eine der größten Freuden an dem Beruf: die

Entwicklungserfolge zu sehen. Die Fortschritte, die manchmal Tag für Tag gelingen und zeigen, wie schnell die Zeit vergeht. „Und morgen zieht er aus“, heißt es so schön. Aber dazwischen ist so viel Entwicklung, dass man das jeden Tag aufschreiben müsste, um nichts zu verpassen.

Die Vorschüler haben sich draußen im Garten (der wunderschön ist!) zwar ordentlich im Spiel gestritten, aber das gehört dazu. Mit den anderen konnte ich im Sandkasten eine Vielzahl unterschiedlicher Kuchen backen (Apfelkuchen, Erdbeerkuchen – auch wenn da die Saison ja vorbei ist, aber die Form war einfach da). Und dass auch da die letzten Kinder anstandslos sämtliche Utensilien aus dem

Sandkasten in die richtige Kiste einräumten – faszinierend.

Aber es gab auch bedrückende Momente. Ein Mädchen aus einer Flüchtlingsunterkunft konnte sich nicht gut in das Kitaleben eingewöhnen und weinte viel. Nur ein anderes Mädchen aus der Flüchtlingsunterkunft konnte sie trösten. Ganz bedrückend war aber ein (deutsches) Kind mit Entwicklungsverzögerung. Der Junge hat es sehr schwer, seine Bedürfnisse deutlich zu machen. Er wich mir den ganzen Tag nicht von der Seite. Ich habe das sehr gern gemacht – hier wurde mir klar, wie wichtig hier eine sehr enge Betreuung wäre, für die mit Sicherheit auch eine 1:4-Betreuung für Inklusionskinder nicht ausreicht. Eine 1:1-Betreuung,

die sicherlich für den Jungen den größten Erfolg versprechen würde, ist gleichzeitig komplett unrealistisch. Es hat mich ziemlich beschäftigt, was aus dem Jungen wird. Hier wird jedem klar, wie hart am Ende der Beruf der Erzieher ist: Ja, sie können sich an der Entwicklung vieler Kinder zu den Großen erfreuen, aber viele Kinder benötigen ganz viel Hilfe, liebevolle Zuwendung, Zeit, Geduld, Motivation – und einfach Ansprache. Ich verstehe, dass das bedrückend für Erzieherinnen und Erzieher ist, wenn sie die Zeit dafür nicht bekommen. Das muss bundesweit ein Thema werden, denn bei aller Kritik hat Berlin im Gegensatz zu anderen Bundesländern noch einen besseren Betreuungsschlüssel – also wie viele Erzieher wie viele Kinder pädagogisch begleiten. Am Ende wird aber nicht ein Schlüssel ausreichen – sondern genügend Menschen, die den Job machen wollen. Eine Empfehlung ist diese Arbeit auf jeden Fall!

Gesprächsthema war natürlich auch die Situation der Kita, die sehr viele Plätze frei hat. Aber sie machen sich viele Gedanken darüber, wie sie mit der sinkenden Nachfrage nach bestimmten Plätzen umgehen und haben Ideen, beispielsweise mit einer neuen Krippengruppe, wie die Kita verändert den aktuellen Bedingungen angepasst werden kann. Kinder sind und bleiben ein Geschenk – seien wir also dankbar für jede Erzieherin und jeden Erzieher, die und der sich um unsere Kinder so professionell kümmert.

Quelle: SPD Treptow-Köpenick

Umfangreiche Bauarbeiten in der Altstadt

Was passiert wann? - Ein Überblick mit Zeitschiene

Seit Mitte des Jahres ist bekannt, dass die Gleise und die Wasserrohrleitungen in der Altstadt Köpenick saniert werden müssen. Die vorbereitenden Maßnahmen durch die BVG und die Berliner Wasserbetriebe haben bereits begonnen. Von September bis Mitte Oktober wurde das Pflaster in den Straßen Freiheit, Alter Markt und Lüderstraße durch Asphalt ersetzt und zusätzlich Bodenschwellen und Gehwegvorstreckungen entfernt. Damit kann in Zukunft der Ersatzverkehr durch diese Straßen geführt werden.

Im November folgte der Bau des zweiten Gleises am Schlossplatz. Bis Weihnachten, genauer bis zum 23.12.2024, wird dieses mit dem vorhandenen Gleis auf der Langen Brücke verbunden. Ziel der jetzigen Bauarbeiten ist die weitere Erreichbarkeit der Altstadt Köpenick (mit Einschränkungen), Wendenschloß und Krankenhaus Köpenick mit der Straßenbahn. Damit soll der Ersatzverkehr während der Vorhaben in der Altstadt Köpenick auf ein Minimum reduziert werden.

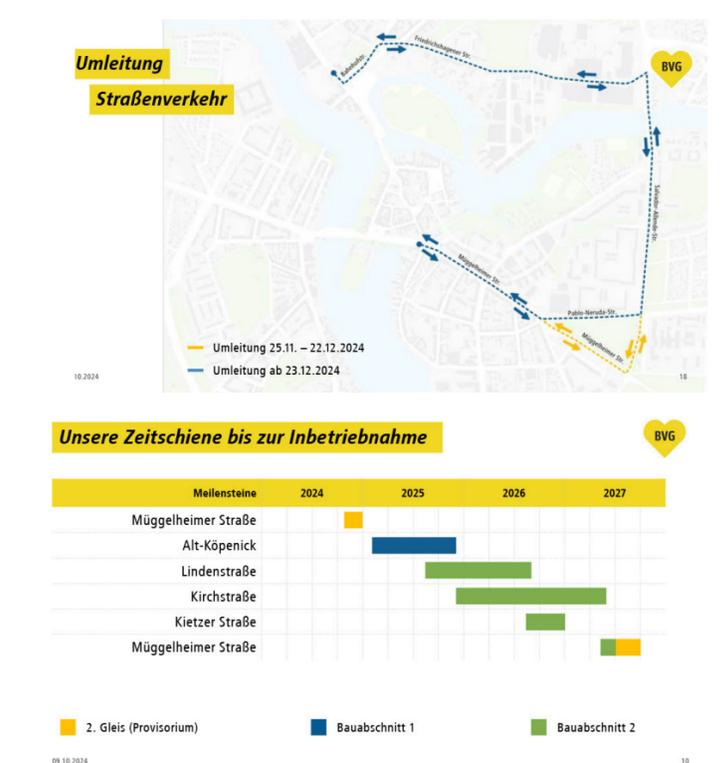
Anschließend geht es im Februar 2025 mit der eigentlichen Baumaßnahme los. Dafür wird im ersten Bauabschnitt zunächst die Straße Alt-Köpenick aufgerissen und komplett gesperrt. In diesem Zeitraum wird der Ersatzverkehr in der Altstadt durch die vorbereiteten Straßen Freiheit, Alter Markt und Lüderstraße, sowie durch die Kietzer Straße und Kirchstraße geführt. Damit sollen nicht nur die

Wasserrohrleitungen und Gleise erneuert werden, sondern mit einem Umbau auch die Haltestellensituation zu einer barrierefreien Haltestelle am Rathaus Köpenick verbessert werden.

Zwischen August und Oktober 2025 werden dann die Vorbereitungsmaßnahmen für den zweiten Bauabschnitt Gleisbau- und Deckenschlussarbeiten in der Lindenstraße folgen. Zeitgleich sind laut Zeitplan der BVG zwischen September und November 2025 die letzten Arbeiten in der Straße Alt-Köpenick geplant. Nach Abschluss dieser Arbeiten soll für den zweiten Bauabschnitt die Straße Alt-Köpenick für den Ersatzverkehr wieder zur Verfügung stehen.

Der zweite Bauabschnitt umfasst mehrere Teilabschnitte. Von Oktober 2025 bis zum Februar 2026 werden dazu Gleisarbeiten in der Lindenstraße stattfinden. Ab Dezember 2025 folgen dann weitere Arbeiten der Berliner Wasserbetriebe in der Kirchstraße, am Schüllerplatz und in der Rosenstraße. Der Ersatzverkehr wird in dieser Zeit erneut durch die Straße Alt-Köpenick geführt. Ziel der Maßnahme ist die Errichtung einer barrierefreien Haltestelle am Schüllerplatz und die damit verbundene Aufhebung der Haltestelle Freiheit.

Ab Februar 2026 folgen dann für etwa einen Monat Gleisarbeiten und Arbeiten im Haltestellenbereich in der Lindenstraße und in der Bahnhofstraße. In der Lindenstraße folgen dann bis zum



Quelle: Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)

August 2026 auf der Dammbücke umfangreiche Gleisarbeiten. Die Arbeiten in der Kietzer Straße werden schließlich zwischen August bis Dezember 2026 stattfinden.

In der Kirchstraße finden diese Arbeiten zwischen Januar und Mai 2027 statt. Abschließend finden zwischen Mai und Juli 2027 die Erneuerung der Weichen auf der Müggelheimer Straße sowie der

Rückbau der Provisorien zwischen Juli und September 2027.

Die bisher geführte Umleitung des Straßenverkehrs wird mit dem von der BVG erarbeiteten Verkehrskonzept ab dem 23.12.2024 durch die Pablo-Neruda-Straße, Salvador-Allende-Straße und Friedrichshagener Straße geführt. Dies hat den Vorteil, dass der Ersatzverkehr ohne weitere Hinder-

nisse durch die Altstadt geführt werden kann.

Als SPD Treptow-Köpenick ist uns weiterhin wichtig, dass neben dem Verkehrskonzept, welches in der Umsetzung sicherlich immer wieder Verbesserungen erfordert, auch das Gewerbe im betroffenen Gebiet unterstützt wird. Unser Ziel ist, dass uns auch nach dem Ende der Bauarbeiten eine lebendige Altstadt erhalten bleibt.

Dazu veranstalten wir am 19. Februar 2025 zusammen mit der Abgeordneten Dunja Wolff, Bezirksbürgermeister Oliver Igel und dem Staatssekretär für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Michael Biel in der Duke Bar eine weitere Dialogveranstaltung zu den Herausforderungen während der Bauarbeiten in der Altstadt. Es ist uns besonders wichtig, während der gesamten Bauphase mit Ihnen im Gespräch zu bleiben.

Anmeldungen zur Veranstaltung am 19.02.2025 oder auch Anregungen und Verbesserungen nehmen wir gern unter der Mailedresse:

baustellen@spd-tk.de



oder unter der Telefonnummer: 030-6549 6204 entgegen.

Weitere Informationen zum Thema gibt es bei der BVG unter: <https://nachgefragt.bvg.de/altstadt-koepenick/>

Manuel Tyx
Bezirksverordneter